



SP Imboden

Julia Müller; julia.mueller(at)spin.ch

Domat/Ems, 20.10.2022

Region Imboden
Geschäftsstelle
J. Nauer
Plaz 7
7013 Domat/Ems

Geschätzte Gemeindepräsidenten,
Geschätzter Herr Nauer
sehr geehrter Herr Handlery und Herr Ruffner

Vielen Dank für die Möglichkeit zur Partizipation an der Standortentwicklungsstrategie der Region Imboden.

Wir haben uns mit einer Arbeitsgruppe bestehend aus Mitgliedern der SP Imboden zusammengesetzt und freuen uns sehr darüber Ihnen nachfolgend unsere Fragen und Anregungen mitteilen zu können.

Ganz allgemein ist zu sagen, dass wir das umfangreiche Papier sehr zu schätzen wissen, aber uns bei sämtlichen Statistiken die Prognosen der Zukunftsentwicklung fehlen, um die Priorisierung der Massnahmen besser nachvollziehen zu können bzw. den Umfang der Problemstellungen/Chancen zukunftsorientiert einschätzen zu können. Wir gehen davon aus, dass sie zu sämtlichen Zahlen Prognosen bis mindestens 2030 gemacht haben, aufgrund derer die Dringlichkeiten der einzelnen Themen eingeschätzt wurden. Diese wären spannend einzusehen, auch wenn klar ist, dass sie nie ganz genau sein können. Wir würden es begrüssen, wenn alle vorhandenen Prognosen im vorliegenden Bericht aufgeführt wären.

Management Summary:

Wir sehen folgende Prioritäten in der Standortentwicklung:

- a. Dezentrale medizinische Grundversorgung durch Hausärzt:innen und Spitex sicherstellen, indem die Gemeinden dafür verantwortlich sind.
Dazu müssen geeignete Massnahmen getroffen werden. Diese sind von Fachpersonen zu erarbeiten. Dazu könnte gehören, dass die Region/Gemeinden in Abstimmung zum Bedarf Lokalitäten für Gemeinschaftspraxen zur Verfügung stellen
- b. Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit ermöglichen. Die Region plant den Bedarf, die Gemeinden sind verantwortlich für die Umsetzung. Die Gemeinden kennen die lokalen Bedürfnisse am besten und könnten je nach Gemeindegrösse die Betreuung durch Tagesmütter, KITAs, Mittagstische, Schule etc. sicherstellen. Die lokale Wirtschaft und die Familien profitieren.

SP Imboden

Julia Müller; julia.mueller(at)spin.ch

- c. Sichere Energieversorgung zu fairen (an den Gesteungskosten orientiert) Preisen sicherstellen, wichtig für Haushalte, Gewerbe und KMUs. Ziel: Die Region versorgt sich selber mit lokal generierter Energie (Wärme und Strom). Wasserkraft, Solar-, Wind-, Holz-Energie, wobei Strom immer mehr zur Schlüsselenergie wird. Die Region hat dazu beste Voraussetzung und es ist absurd, dass heute in der Region gewonnene Energie z.T. am freien Markt verkauft wird. Bei Neuanlagen sollen nur Anlagen mit dem besten Nutzen-Schaden-Verhältnis realisiert werden, wenn immer möglich in bereits erschlossenen Gebieten (Skiorte oder ähnliches).
Mögliches Vorgehen: Abklärung, ob eine regionale Zusammenarbeit oder gar Zusammenschluss der lokalen EWs sinnvoll wäre, um die nötige Grösse zu haben, für
-Die Realisierung neuer, grossflächiger Solaranlagen in erschlossenen Landschaftsgebieten zur Abdeckung des Winterstroms unter Berücksichtigung des Einflusses auf das vorhandene Ökosystem.
- Übernahme der Wasserkraftwerke in der Region beim Heimfall
- d. Günstiger Wohnraum für Arbeitnehmende schaffen
- e. Zunehmende Verkehrsbelastung in den Dörfern abdämpfen. Die rasante Entwicklung des lokalen Individualverkehrs verlangsamen und Schleichverkehr A13 verunmöglichen

Punkte im Einzelnen

S.5: Hier hat sich für uns die Frage gestellt, wer genau die interessierten Anspruchsgruppen sind und wann und wo die Informationsveranstaltungen publiziert wurden bzw. ob sie schon stattgefunden haben?

S.10: Bei der Grafik der Erwerbstätigen finden wir die Zusammenfassung aller Angestellten von Hamilton und Ems-Chemie in nur einen Wirtschaftszweig etwas zu stark vereinfacht. Wir nehmen an, dass in der Anzahl der Erwerbstätigen z.B. bei der Produktion von elektronischen Erzeugnissen auch die Reinigungsfachkräfte, die kaufmännischen Angestellten, die betriebsinternen Handwerker:innen, die Köch:innen, etc. enthalten sind?

S.11: Was ist mit der Stärke «Zugang zu politischen Entscheidungsträgern» gemeint?

S.13: Was ist mit der Kombination von Tourismus und Industrie als Entwicklungsmöglichkeit gemeint? Zur Verbesserung des Verständnisses und der Lesbarkeit könnte man dies mit einigen Sätzen erläutern.

S.14: Hier fehlt uns die Betonung, dass es enorm wichtig ist insbesondere günstigen Wohnraum zu schaffen. Weitere Ausführungen haben wir weiter unten zu der betreffenden Massnahme M7 gemacht.

SP Imboden

Julia Müller; julia.mueller(at)spin.ch

S.15 (oder S.14): Entscheidend zur Förderung der Lebensqualität, aber auch um als Region für zuziehende Fachkräfte interessant zu werden ist eine **flächendeckende, flexible und bezahlbare Tagesstruktur** für die Betreuung der Kinder. Weiteres dazu im Abschnitt zur Massnahme M11.

Zur Versorgungsinfrastruktur gehört für uns auch ganz klar die **Versorgung mit nachhaltig gewonnener, erneuerbarer Energie** (könnte auf der S.17 auch als M13 genannt werden).

Hier stellen sich für uns Fragen wie:

- Gibt es ein regionales Energiekonzept?
- Wird geprüft, ob auch die Energiegewinnung von Solar- und Windstrom für die Region sinnvoll und umsetzbar ist?
- Die Versorgungssicherheit und vielfältige Massnahmen gegen eine Strommangellage sind aktueller denn je. Ist es vorstellbar, dass statt vieler auswärtiger Stromfirmen eine regionale Firma die Stromproduzenten vereint?

Generell hat sich für uns die Frage gestellt, ob der Einbezug der **Landwirtschaft** als eigener Wirtschaftszweig noch detaillierter im Papier ausgearbeitet werden könnte. Nachhaltige Landwirtschaft ist im Interesse aller und das Angebot regional und biologisch produzierter Nahrungsmittel trägt zur Erhöhung der Lebensqualität bei. Ausserdem ist die Vermeidung von Monokulturen für ein vielfältiges Landschaftsbild zusätzlich ein Punkt, der im Zusammenhang mit dem Tourismus als Chance gesehen werden kann. Auch die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Gastronomie und Landwirtschaft für kurze Wertschöpfungsketten könnte ein interessantes Thema sein.

S. 17: Wir sind sehr irritiert darüber, dass sowohl bei M9 als auch bei M11 nur die Erarbeitung eines Konzepts für die nächsten 5 Jahre geplant ist. Weiteres zu beiden Punkten nachfolgend zu den jeweiligen Abschnitten der Massnahmen.

S. 24/ M3:

Dass die Priorisierung der **Velopendlerroute** hoch ist und es ein eigener Massnahmenpunkt ist, begrüssen wir sehr! In Zeiten in denen Elektrovelos eine echte Alternative zu PKW und ÖV werden, halten wir die Pendlerroute für eine grosse Chance.

Als Frage tauchte noch auf, inwiefern die Finanzierung der Veloroute als Regionalprojekt von der gesamten Region mitgetragen werden könnte und nicht nur zulasten der Gemeinden geht, in denen die jeweiligen Teilabschnitte liegen?

S. 26/ M4:

Die **Vernetzung der ÖV-Angebote (Bus, Postauto, RhB) in der Region** empfinden wir als unbefriedigend. Gemeinden wie Domat/Ems sind zwar gut an den ÖV angebunden, aber die Umsteige-Situation Richtung Flims mit den Anschlüssen in Tamins sind noch nicht optimal aufeinander abgestimmt. Auch die Situation mit dem abgelegenen BHF in Felsberg macht den ÖV gegenüber dem Individualverkehr zu wenig attraktiv, als dass er eine Alternative zum Individualverkehr darstellt. Es ist dringend notwendig den ÖV zu stärken, da die Belastung

SP Imboden

Julia Müller; julia.mueller(at)spin.ch

mit dem Individualverkehr bereits jetzt prekär ist und in den nächsten 5-10 Jahren wohl noch stark zunimmt. Für prüfenswert halten wir z.B. Chancen wie Busspuren und Tarif-/ und Verkehrsverbundsysteme. Denn auch die Vergünstigung des ÖV würde zur Erhöhung der Attraktivität beitragen.

S.29/ M5:

Der Ausweichverkehr und Durchreiseverkehr der A13 stellt bekanntlich für die ganze Region ein grosses Problem dar und ist ein grosser negativer Faktor für die Wohnqualität, auch der Busverkehr ist stark betroffen. Blaulichtorganisationen können die Sicherheit nicht mehr gewährleisten und ein Handeln ist absolut notwendig. Da wir aber wissen, dass die Gemeinden in dem Bereich bereits aktiv sind und eine grosse Abhängigkeit zum Kanton besteht, verzichten wir hier auf weitere Ausführungen, abgesehen davon, dass wir darauf hinweisen möchten, dass bei der **Neuplanung des Autobahnanschlusses Reichenau** digitale Lösungsmöglichkeiten geprüft werden sollten. So gibt es in anderen Ländern bereits Schrankensysteme die über Nummernschilder gesteuert sind und die evtl. den Ausweichverkehr und die Einheimischen separieren könnte (natürlich wäre dies dann auch langfristig an anderen Ausfahrten nötig).

S.30/ M6:

Bei den Massnahmen bzgl. der **Freizeitinfrastruktur** möchten wir nochmal betonen, dass wir es wichtig finden, das regionale Angebot zu vermarkten, aber gleichzeitig auch bewusst zu lenken. Es sollte klar unterschieden werden, welche Gebiete touristisch genutzt werden und welche zugunsten der unberührten Natur ungenutzt bleiben.

S.32 /M7:

Wir stimmen mit dem Text des Dossiers absolut überein, dass das **Wohnangebot** einen sehr grossen Einfluss auf die Standortattraktivität hat.

Hier ist zu prüfen, inwiefern die Gemeinden mit konkreten Instrumenten genossenschaftlichen Wohnungsbau fördern können, dass der freie Markt hier nicht funktioniert um die Nachfrage für bezahlbaren Wohnraum abzudecken ist bereits jetzt offensichtlich. Insbesondere in den touristischen Gemeinden ist es für die Einheimischen heute schon schwierig bis unmöglich finanzierbaren Wohnraum zu finden. Und auch in den anderen Gemeinden führt die erhöhte Nachfrage durch die Zuzügler in der Kombination zu der Verknappung der Baulandparzellen (Verdichtung nach innen, aber die Baulandmobilisierung wird erst in 10 Jahren voll zum Zug kommen) zu schnell ansteigenden Preisen.

- Inwiefern kann der genossenschaftliche Wohnbau aktiv gefördert werden?
- Inwiefern können die Bürgergemeinden beim genossenschaftlichen Wohnungsbau in die Pflicht genommen werden?

Ausserdem fehlt uns hier bei der qualitätsvollen Zentrumsentwicklung, dass es wichtig ist zentrumsnahe Erholungsräume (Grünflächen, Baumschatten, Sitzmöglichkeiten, Spielplätze, ...) zu schaffen. Die Bevölkerung wird zunehmend älter und damit weniger mobil, der

SP Imboden

Julia Müller; julia.mueller(at)spin.ch

eingeschränkte Bewegungsradius der Senior:innen darf nicht vergessen gehen. Auch Familien mit kleinen Kindern, die zur guten Durchmischung in den Dorfzentren leben, müssen gut gestaltete Aussenräume in unmittelbarer Nähe haben. Verdichtetes Bauen mit hoher Lebensqualität ist nur möglich, wenn die Aussenräume und Freiflächen von Anfang an gut mitgedacht werden. Weitere wichtige Stichworte sind hier noch Mikroklima und Biodiversität.

Das ausreichende Angebot für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen ist ein wichtiges Anliegen. Hier ist uns unklar wer und mit welchen Instrumenten die Diversität geregelt werden soll und kann? Dass der freie Markt hier nicht funktioniert, zeigt sich bereits jetzt. Dazu stellen sich für uns folgenden Fragen:

- Inwiefern kann der genossenschaftliche Wohnbau aktiv gefördert werden?
- Inwiefern können die Bürgergemeinden beim genossenschaftlichen Wohnungsbau in die Pflicht genommen werden?

S.34 /M8:

Betreffend dem **Arbeitszonenmanagement** wollen wir betonen, dass nicht jede Gemeinde alles braucht, sondern dass wir es für sinnvoll halten, dass sich die Region als Ganzes sieht und die Gemeinden sich gegenseitig ergänzen, indem sie jeweils ihre Stärken ausbauen und evtl. Schwächen der Nachbargemeinden mitauffangen.

Die regionale Ansprechperson für interessierte Firmen halten wir für eine gute Idee. Gibt es dazu schon konkretere Vorstellungen? Stationierung? Berufsprofil?

S.26 /M9:

Hinter die Bewertung für Aufwand und Wirkung bei der «Gesundheitsversorgungsregion und Pflegebettenplanung» setzen wir ein sehr grosses Fragezeichen. Wir finden die Lage wird nicht ernst genug genommen und es sollte der Dialog mit den Leistungserbringern gesucht werden, um die Situation realistischer einzuschätzen.

Zum **Gesundheitswesen** ist aus den eigenen Reihen zu erfahren, dass wir uns bereits in einer Unterversorgung befinden. Die Hausarztpraxen und die Spitex sind überlastet, sie finden kein Personal, um ihre alltäglichen Arbeiten in befriedigender Auslastung zu stemmen. Es braucht dringend Unterstützung von Seiten der Gemeinden. Projekte wie interdisziplinäre Gemeinschaftspraxen sollten angegangen werden. Es gibt bereits Gemeinden, die Gemeinschaftspraxen zur Verfügung stellen, um so die Versorgung durch Hausärzt:innen sicherzustellen. Junge Ärzt:innen ohne Eigenkapital könnten so gewonnen werden. Ausserdem ist es einfacher die medizinische Versorgung durch Hausärzt:innen langfristig sicherzustellen, weil das Risiko für eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger geringer ist.

Auch die Pflegebettenplanung ist ein grosses Problem. Die Statistik zeigt, wie schnell die Bevölkerung verhältnismässig älter wird und der Bedarf wird schnell wachsen. Wenn wir in den nächsten 5 Jahren an Konzepten arbeiten und die Umsetzung dann erst in 10-15 Jahren stattfindet, wird bereits ein grosser Mangel entstanden sein.

SP Imboden

Julia Müller; julia.mueller(at)spin.ch

Die gesamte Analyse dürfte ausführlicher sein, die Rollen der Region und der Gemeinden sollten schnell geklärt werden und Fristen für die Verbesserung der Situation klar und zeitnah gesetzt werden.

S.38/ M10:

Ein wichtiger Punkt, den wir sehr begrüßen! Wir finden die Priorisierung dürfte höher sein. Mehr **Partizipation** führt zu mehr Zufriedenheit und besseren Lösungen.

S.40/ M11:

Es ist sowohl in sozialem als auch im wirtschaftlichen Interesse, dass alle Eltern die Möglichkeit haben, ihre Kinder extern betreuen zu lassen. Die frühe Integration der Kinder in **Tagesstrukturen** würde sozial (insbesondere auch sprachlich) zu einer Entlastung der Lehrpersonen im Kindergarten und der Schule führen. Ausserdem ist es im Interesse aller die gut ausgebildeten Mütter, die immer noch einen Grossteil der Care-Arbeit zuhause abdecken, früher wieder in den Beruf zu integrieren. Wenn aus jedem Haushalt zwei Personen arbeiten (können), braucht es provokant gesagt nur halb soviel Wohnraum für gleichviel Arbeitskräfte.

Wir finden die Kinderbetreuung gehört nicht in die Hand privater Trägerschaften, die zumindest kostendeckend funktionieren müssen. Die Kinderbetreuung gehört in den Bereich Bildung und Soziales und sollte kommunal organisiert sein und es ist zu prüfen, inwiefern auch die Wirtschaft ihren Beitrag leisten kann. Grosse Firmen haben (in anderen Ländern) oft eigene Betreuungseinrichtungen und schreiben sich das auf die Fahne, um gutes Personal zu rekrutieren. Mit dieser Argumentation könnte auch in unserer Region eine gemeinschaftlich finanzierte Kinderbetreuung im Interesse vieler Beteiligten sein.

Zu diesem Thema würde uns interessieren, wie die Bedarfs-Prognosen für die nächsten 10 Jahre sind (auch in Abhängigkeit zu den Kosten für die Familien)? Unseres Wissens nach gibt es jetzt zumindest in Domat/Ems bereits Wartelisten und die Flexibilität ist für die Einrichtung nicht zu gewährleisten, weil die Betreuungsplätze schlicht ausgebucht sind, sodass Arbeitnehmer:innen mit wechselnden Arbeitszeiten nur wenig Möglichkeiten haben, ihre Kinder betreuen zu lassen. Auch wenn die Kosten einkommensabhängig gestaffelt sind, sind sie unserer Meinung nach immer noch viel zu hoch, sodass die Betreuung für Eltern im niedrigen Lohnbereich nicht infrage kommt und für alle anderen eine grosse Belastung darstellen.

Wir hoffen mit unseren Inputs konstruktiv mitwirken zu können und sind auch gerne zum Dialog bereit. Über eine Einladung zu einem Gespräch und zur Beantwortung unserer Fragen würden wir uns sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Namen der SP Imboden
Hanna Schäublin

Stand 21.10.2022